

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

9.3.2009

0034/2009

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Daniel Stroj, Jiří Maštálka und Jaromír Kohlíček

zur Ablehnung der Politisierung der Geschichte und Instrumentalisierung der Ideologie zum Zwecke der Diskreditierung und Unterdrückung der europäischen Linken

Fristablauf: 7.5.2009

Schriftliche Erklärung zur Ablehnung der Politisierung der Geschichte und Instrumentalisierung der Ideologie zum Zwecke der Diskreditierung und Unterdrückung der europäischen Linken

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass vonseiten Abgeordneter einiger Rechtsparteien im Europäischen Parlament wiederholt Bemühungen unternommen wurden, den Kommunismus und den Nazismus gleichzusetzen und „historisch“ abzuurteilen, wobei durch eine solche Ideologisierung der Geschichte ein Instrument zur Diskreditierung und Unterdrückung der europäischen Linken geschaffen werden soll, die sich zu den Ideen der sozialen Gerechtigkeit, der Humanität und der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen den Völkern Europas bekennt,
- B. in der Erwägung, dass diesen Tendenzen der Ideologisierung der Geschichte mit der Schaffung einer wie auch immer gearteten europaweiten Institution, die sich mit der Gleichsetzung des „Kommunismus“ und des Nazismus beschäftigen soll, Rechnung getragen werden soll,
- C. in der Erwägung, dass der langjährige gesamtgesellschaftliche Diskurs über den „Kommunismus“ und den Nazismus, der sowohl in den Ländern des ehemaligen Ostblocks als auch in den westlichen Ländern geführt wurde, deutlich gemacht hat, dass es abwegig und unmöglich ist, beide Ideologien und ihre historischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ausprägungen miteinander zu vergleichen,
- D. in der Erwägung, dass sich die verschiedenen so genannten Institutionen zur Untersuchung des Totalitarismus, die unter unterschiedlichen Bezeichnungen in einigen osteuropäischen Ländern eingerichtet wurden, eindeutig als Instrumente des politischen Kampfs gegen die Linke und ihre Diskreditierung und Verfolgung erwiesen haben, wobei diese „historisch ausgerichteten Institutionen“ auf der Grundlage klarer politischer Vorgaben arbeiten,
 1. fordert die Mitgliedstaaten sowie die Organe und Institutionen der Europäischen Union auf, die Erforschung der Ideologien und ihrer historischen Dimensionen, einschließlich Kommunismus und Nazismus, unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen und unabhängigen Politologen und Historikern zu überlassen;
 2. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie der Kommission und dem Rat zu übermitteln.